

## Lautlos in den sozialen Tod

### **Soziale Netzwerke: Aus einem Freiraum ist eine Zone der Manipulation und Kontrolle geworden**

**Thorsten Hinz**

Youtube, Facebook, Twitter, Amazon, Wikipedia oder Paypal – es ist noch nicht lange her, da verband sich mit diesen Namen eine Verheißung. Digitale Medien, soziale Netzwerke, Verkaufsplattformen, Finanzdienstleister schienen das Tor zu neuer oder wiedergewonnener Freiheit aufzustoßen.

Die Euphorie war lagerübergreifend. Links der Mitte schwärmte man von liquider Demokratie, von ständiger Partizipation der Basis, der Weisheit der Vielen und von flachen Hierarchien. Junge Leute, denen Grüne, SPD oder die Linkspartei zu analog, zu altbacken und autoritär erschienen, schlossen sich der Piratenpartei an, die ganz auf die digitale Vermittlung der Politik setzte. Die Hoffnungen der Konservativen und Rechten waren weniger romantisch, dafür aber pragmatischer. Sie wollten mit Hilfe der neuen Medien das rotgrün eingefärbte Meinungsmonopol brechen, Diskurs- und Informationslücken schließen und von physischen Attacken ungestört sich vernetzen. Zentral war die Verteidigung der Meinungsfreiheit. Im digitalen Exil sollte sie sich regenerieren, um dann in den realen öffentlichen Raum vorzustoßen und politisch zu wirken. Ein Konzept, auf das vor allem die Identitäre Bewegung setzte.

Weder die Erwartungen der einen noch die der anderen haben sich erfüllt. Die linken Digitalrebelln wurden vom Politik- und Medien-establishment so fest umarmt, daß ihnen die Luft wegblieb. Die Raffinierten und Medienaffinen unter ihnen gehören heute selber zu den Etablierten und finden es völlig in Ordnung, wenn der Staat und die digitalen Monopolisten den Andersdenkenden die Möglichkeit nehmen, ihr Recht auf freie Meinungsäußerung auszuüben.

Die Andersdenkenden, das sind tatsächliche oder angebliche Rechte und Konservative, die zu politischen und existentiellen Fragen wie Masseneinwanderung, Multikulturalismus, Islam, Energiegewinnung, Gender, Klima, Corona konträre Auffassungen vertreten zu jenen, die der politisch-mediale Komplex verordnet. Der Komplex hat sich nach einer Schrecksekunde rasch wieder gefangen: Heute bilden das staatliche Netzwerkdurchsetzungsgesetz, semistaatliche Überwachungsinstanzen, interne Richtlinien der Netzbetreiber und Medienkampagnen ein System, das unerwünschte Informationen, Fakten und Meinungen immer effizienter unterdrückt. Die Ausschließungsmechanismen der analogen Medien werden spiegelbildlich auf die digitale Welt übertragen.

Die Annahme einer Netzneutralität war von Anfang an illusorisch. Die großen digitalen Medien und Netzwerke sind keine neutralen Mittler, die die Datenpakete unabhängig von Herkunft, Inhalt und Eigeninteresse transportieren, und erst recht keine idealistischen

Vorkämpfer der Meinungsfreiheit. Als profitorientierte Unternehmen reagieren sie auf politischen Druck und sind bereit, gewünschte Einschränkungen vorzunehmen, wenn sie nur in anderen Segmenten sichere Gewinne einstreichen können. Zudem stehen sie im Fokus von Nichtregierungsorganisationen (NGOs), mächtigen, hervorragend vernetzten Lobbyorganisationen, die sich dem Kampf gegen Rassismus, Klimawandel oder Corona verschrieben haben. Wer sich ihnen gegenüber in Fügsamkeit übt, hat sogar die Möglichkeit, das als Wahrnehmung gesellschaftlicher Verantwortung werbewirksam zu verkaufen.

Drittens ergeben sich aus den Geschäftsmodellen eigene politische Präferenzen. Global agierende Konzerne sind nun mal auf den Globalismus, auf die Standardisierung und Vereinheitlichung von Ansichten, Geschmäckern, Gewohnheiten, Moden ausgerichtet. Rechte und konservative Positionen sind hingegen partikularistisch motiviert und für die Aktivitäten globaler Kraken störend. Deshalb haben diese keinerlei Grund, sich für deren Reichweite und öffentliche Präsentation zu engagieren.

Die Ausweitung der analogen Zensur- und Stigmatisierungspraxis in den digitalen Bereich hinein bedeutet eine Potenzierung des repressiven Effekts. Denn der permanent auf das Smartphone starrende Nutzer steht sinnbildlich für die vermittelte, virtualisierte und zugleich geschrumpfte Wahrnehmung der Wirklichkeit. Das gilt um so mehr in Corona-Zeiten, in denen das öffentliche und soziale Leben massiv eingeschränkt ist. Die analogen wie die digitalen Medien verbreiten eine Hyperrealität, eine Simulation von Wirklichkeit, in der Fakten sowohl konstruiert, unterdrückt, willkürlich verknüpft und suggestiv aufgeladen werden. Dieser Prozeß läuft in einer Endlosschleife ab, was die Nutzer schließlich dazu bringt, die Simulation als reale Wirklichkeit zu akzeptieren. Die „sozialen Netzwerke“, mit denen sich ursprünglich die Vorstellung freier Interaktionen und gemeinsamen Handelns verband, erhalten damit eine gegensätzliche Bedeutung. Sie bezeichnen einen feinen Kokon, der langsam um die Hirne der Konsumenten gesponnen wird und zur individuellen und kollektiven Wahrnehmungsstörung führt.

So ist das erhoffte Refugium der Gedanken- und politischen Freiheit zu einer Zone der Manipulation und Kontrolle geworden, in der halbstaatliche Spitzel darüber wachen, wer von wem „gelikt“ und verlinkt wird. In dieser Zone läßt soziale Ächtung sich leicht in den lautlosen sozialen Tod überführen. Wer als politischer Aktivist, als Autor, Künstler oder anderweitig öffentlich Tätiger von Twitter und Facebook verbannt, von Amazon und Paypal gelöscht, von Google-Algorithmen in die Tiefe des digitalen Vergessens gestoßen und von Wikipedia verleumdet wird, der sieht sich nicht nur einer unangreifbaren und anonymen Macht gegenüber, er unterliegt auch einer vorgezogenen „Damnatio memoriae“, der Verfluchung und der gesellschaftlichen Auslöschung zu Lebzeiten. Hier liegt ein neototalitäres Potential, das zunehmend aktiviert wird.

## **Was jetzt geschehen muß**

**Verfassung und Corona: Ein Kanzler-Gremium hat den Bundestag ausgeschaltet**  
**Ulrich Vosgerau**

Es gibt auch noch gute Nachrichten: zu diesen gehört „das allmähliche Erwachen der Gerichte aus der Schockstarre, in die sie unter der Wucht der Ereignisse zunächst verfallen zu sein schienen“, wie der Frankfurter Rechtsphilosoph Uwe Volkmann vor zwei Wochen in der Neuen Juristischen Wochenschrift konstatierte. Diese Diagnose hat sich seither bestätigt. Während die Gerichte seit März in den zahlreichen einstweiligen Rechtsschutzverfahren zunächst selbst hanebüchene staatliche Maßnahmen durchwinkten – wie etwa das Verbot für Großstädter, sich zeitweilig aufs Land zurückzuziehen – wird nun der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz stärker zur Geltung gebracht.

Dieser erfordert es unter anderem, grundrechtsbeschränkende Maßnahmen mit differenzierten, auf konkrete Tatsachen gestützten Gefahrenprognosen jedenfalls nachvollziehbar zu begründen. So haben Obergerichtsverfahren die Beherbergungsverbote in Baden-Württemberg und Niedersachsen zu Fall gebracht, nur das Obergericht Schleswig hat dies im Wege des einstweiligen Rechtsschutzes noch abgelehnt. Dies ist aber schon insofern zweifelhaft, als Beherbergungsverbote im Infektionsschutzgesetz gar nicht ausdrücklich vorgesehen sind.

Das grundsätzliche Problem wird aber durch die nun wiedererwachte Grundrechtssensibilität der Gerichte gar nicht berührt. Zahllose und vorher unbekannte Grundrechtsbeschränkungen werden seit März auf Rechtsverordnungen der Landesregierungen gestützt, die ihrerseits auf einer völlig vagen Allgemeinermächtigung in § 28 Abs. 1 Infektionsschutzgesetz („die zuständige Behörde trifft die notwendigen Schutzmaßnahmen“) beruhen.

Die Entscheidung über mannigfaltigste und teils phantasievoll erdachte Grundrechtsbeschränkungen treffen also ausschließlich Verwaltungsbehörden wie das Bundesgesundheitsministerium (das zu „bundesunmittelbarer Verwaltung“ jedoch gar nicht befugt ist, denn dies müßte im Grundgesetz vorgesehen sein!) und die Innenministerien der Bundesländer.

Durch deren Maßnahmen ist in der Vergangenheit auch die Versammlungsfreiheit massiv eingeschränkt worden; dabei kommt gerade in politischen Ausnahmesituationen der Versammlungsfreiheit ein besonderes Gewicht zu.

Das in der Sache hinter diesen Maßnahmen stehende Gremium, nämlich eine unregelmäßig tagende Konferenz der Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsidenten, ist verfassungsrechtlich nirgendwo vorgesehen. Die „Mischverwaltung“ – das heißt eine die Zuständigkeiten verwischende Kollegialverwaltung des Bundes und der Länder, wie eben hier – ist verfassungsrechtlich klar verboten.

Noch frappierender ist allerdings, daß der Deutsche Bundestag seit Ausrufung der „epidemischen Lage von nationaler Tragweite“ gemäß § 5 Infektionsschutzgesetz (eine Befristung ist dort übrigens nicht vorgesehen!) eigentlich keine Rolle mehr spielt. Bereits seit der „ersten Griechenland-Rettung“ im Frühjahr 2010 ist die parlamentarische

Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland in eine tiefe Krise geraten; sinnfälliger Ausdruck dieses Verfassungswandels sind die Pläne zum Ausbau des Bundeskanzleramts, der ohnehin schon größten Regierungszentrale der Welt, zu einer Art „verbotenen Stadt“.

Kein vernünftiger Mensch bestreitet die Gefahren der Epidemie. Schwere Verlaufsformen können sich sehr wohl auch bei jungen Menschen einstellen. Der offenbar nur sehr geringe Prozentsatz von infizierten oder auch nur positiv getesteten Personen, der überhaupt Krankheitssymptome entwickelt, kann sich bei hinreichender Verbreitung zu hohen absoluten Zahlen von Erkrankten aufaddieren. Faktische Gefahren rechtfertigen aber noch keine Grundrechtseingriffe; dies können nur hinreichend bestimmte parlamentarische Gesetze (!).

So haben wir seit vielen Jahren schon, und zwar nach vorsichtigsten Schätzungen, etwa 20.000 Tote im Jahr allein durch resistente Krankenhauskeime (nach anderen Schätzungen sind es noch viel mehr). Irgendwelche staatlichen Notstandmaßnahmen wurden deswegen nie erwogen, die Toten als allgemeines Lebensrisiko hingenommen. Auch mehrere Grippewellen in den letzten Jahren mit spürbarem Ansteigen der Jahresmortalität (die gegenwärtig nicht feststellbar ist) wurden von den Massenmedien praktisch ignoriert und waren mithin auch für die Politik kein Thema.

Die Entscheidung darüber, welche potentiellen Gefahren unter welchen genauen Umständen welche staatlichen Grundrechtseingriffe rechtfertigen, treffen im Staat des Grundgesetzes weder die WHO noch die Massenmedien, noch das Bundeskanzleramt, sondern allein der Deutsche Bundestag.

Daher muß sich zur Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände nun eine überparteiliche parlamentarische Initiative zur Neufassung des geltenden Infektionsschutzgesetzes bilden. Im Gesetz wären dann konkrete Verdachts- und Gefahrenschwellen und je nach betroffenem Grundrecht differenzierende Eingriffsvoraussetzungen zu formulieren sowie eine notwendige Befristung des viralen Ausnahmezustandes und die ihn begleitenden Kontroll-, Berichts- und Evaluationspflichten vorzusehen.

Zwischen Normallage und Ausnahmezustand wäre klar zu unterscheiden. Es müßte wieder der Satz zur Geltung gebracht werden, daß eine einfachgesetzliche Grundrechtseingriffsermächtigung um so klarer, eindeutiger und spezifischer formuliert sein muß, je intensiver der Grundrechtseingriff ausfällt.

**Dr. Ulrich Vosgerau** ist habilitierter Verfassungsrechtler und lehrte an mehreren Universitäten.

## **„Wir werden als Kriminelle dargestellt“**

**Seine Idee war ein „Greenpeace von rechts“. Doch seit Jahren wird Martin Sellner mit medialen Lügen, Antifa-Terror, vorgeschobenen Anklageverfahren und nun Deplatforming im Internet überzogen: Wie eine oppositionelle Stimme systematisch mundtot gemacht wird**  
**Moritz Schwarz**

*Herr Sellner, sind Sie ein Dissident?*

**Martin Sellner:** Ja.

*Wikipedia definiert das als „unbequeme Andersdenkende in Diktaturen, die wagen, laut ihre Meinung zu sagen“.*

**Sellner:** Wir leben nicht in einer Diktatur, doch gibt es Übereinstimmungen etwa mit der DDR, mit deren Akten ich mich auch beschäftigt habe.

*Zum Beispiel?*

**Sellner:** Wenn Rechtsextremismusexperten sagen, das „Problem“ sei, daß unsere Identitäre Bewegung „noch nicht im strafrechtlichen Bereich“ agiere, man sie also nicht belangen könne, und daher andere Wege gefunden werden müßten, uns kleinzuhalten, dann ist das nicht nur ein Skandal, sondern entspricht auch Formulierungen der Stasi, daß gewisses „unerwünschtes Verhalten“ leider nicht justitiabel sei und daher auf andere Weise unterbunden werden müsse.

*Sie meinen die Strategie der „Zersetzung“?*

**Sellner:** Ja, wobei die Methoden in der Bundesrepublik und Österreich definitiv noch nicht so repressiv wie in der DDR sind – doch bewegen wir uns darauf zu!

*Sie sprechen diesbezüglich oft von einem „Tiefen Staat“, das klingt sehr ideologisch.*

**Sellner:** Damit meine ich den Komplex aus etablierter Politik und Medien, der die demokratischen Bürgerrechte immer mehr aushöhlt. Als wir 2012 die IB gründeten, war das auch eine Art Demokratieprobe. Denn es hieß, Problem rechter Jugendgruppen im vorpolitischen Raum sei ihre antidemokratische und gewaltaffine Ausrichtung – was häufig auch zutraf. Wir stellten fest, daß es auf der rechten Seite des politischen Spektrums kein Angebot für Jugendliche gab, sich auf demokratischer Grundlage aktivistisch, im Stil von Greenpeace, einzubringen. Die IB, mit ihrer klar demokratischen und gewaltfreien Ausrichtung, hätte also ebenso politisch akzeptiert werden müssen wie der linke Aktivismus. Doch diese Gleichbehandlung gab es nie. Statt dessen reagierte die Presse sofort mit maximaler Dämonisierung, die Politik mit maximaler Repression.

*Der Verfassungsschutz attestiert der IB allerdings, „gesichert rechtsextrem“ zu sein.*

**Sellner:** Liest man in dessen Bericht nach, finden sich allerdings gar keine Fakten dafür, sondern nur willkürliche Ableitungen wie, wer gegen Multikulti ist, leugne die Gleichheit der Menschen und also die Menschenwürde. Die JF selbst hat 2019 Ex-FDP-Bundesjustizminister Edzard Schmidt-Jortzig mit Passagen zur IB aus dem Bericht konfrontiert. Sein Urteil: „So wie zitiert, ist die Argumentation ... nicht akzeptabel.“ Das zeigt, der Verfassungsschutz wird mißbraucht und schützt statt der Verfassung die Regierung vor der Opposition – etwa in Form patriotischen Aktivismus'. Ein Staat aber, in dem eine politische Seite keine Möglichkeit zu demokratischem Aktivismus hat, ist keine funktionale Demokratie.

*Sagten Sie eben nicht, wir lebten nicht in einer Diktatur?*

**Sellner:** Ja, es gibt freie Wahlen, Parlamente, eine institutionell unabhängige Justiz und damit Demokratie. Doch sind durch den Tiefen Staat ihre Grundlagen – Meinungs-, Demonstrations-, ja sogar Erwerbsfreiheit – so ausgehöhlt, daß Wahlen zwar frei, aber nicht mehr fair, Richter unabhängig von Weisungen, aber von massivem sozialen Druck bedroht sind. Gäbe es freie Meinungsäußerung und Meinungsbildung hätten wir andere Wahlergebnisse. Wir leben in einer Demokratie – aber sie ist dysfunktional.

*Sie wollen sagen, wie im Sozialismus steht sie nur auf dem Papier?*

**Sellner:** Es ist etwas komplizierter. Der neue Totalitarismus ist „sanft“ und versteckt. Er verbirgt sich und ist ein Ergebnis der linken kulturellen Hegemonie. Diese beherrscht alle relevanten metapolitischen Institutionen wie Universitäten und Redaktionen. Jede ideologische Abweichung wird mit sozialer Ausgrenzung, Deplatforming oder gar linkem Terror geahndet. Die Opposition soll durch einen „Abnutzungskrieg“ und eine „Strategie der tausend Nadelstiche“ dazu gebracht werden aufzugeben, damit ein offenes Verbot nicht nötig ist.

*Zum Beispiel?*

**Sellner:** Ein Mittel ist die Legitimierung der politischen Gewalt gegen die Opposition sowie deren gleichzeitige Dämonisierung durch Täter-Opfer-Umkehr. In unserem Fall haben die Medien von Anfang an jeden Angriff auf uns zu einem Angriff durch uns und so die Täter zu „Opfern“ und uns zu „Tätern“ gemacht. Jüngster Fall ist eine Attacke Vermummter während einer IB-Veranstaltung. Auf offener Straße aus einer von der SPÖ-Jugend veranstalteten Gegendemo heraus wurde dabei ein Lautsprecher gestohlen und vor aller Augen in der Demo der SPÖ-Jugend „in Sicherheit“ gebracht. Wir haben ihn lediglich zurückgeholt. Doch unisono berichtet die Presse empört von einer IB-Attacke auf die SPÖ-Jugend. Auch als die Polizei Überwachungsaufnahmen veröffentlichte, welche die Attacke auf uns bewiesen, gab es keine Richtigstellungen. Bei einem anderen Angriff während einer Demo wurde ein Identitärer lebensbedrohlich am Kopf verletzt. Nicht einmal das hielt die Medien davon ab, die Opfer zu Tätern zu machen. Selbst Festnahmen Linker wurden uns schon untergeschoben. Meldung: „Identitäre demonstrieren gegen Asylmißbrauch. Sechs Personen festgenommen.“ Nur weil ein Journalist nachrecherchierte, mußte der ORF einräumen, daß die Verhafteten nicht zur

IB, sondern zur Gegendemonstration gehörten. Für Aufsehen sorgten auch Schlagzeilen wie etwa in der Krone, dem österreichischen Pendant zur Bild: „IB-Chef schießt in U-Bahn um sich.“

*Klingt wie ein Attentat oder Amoklauf.*

**Sellner:** Eben, tatsächlich aber wurde ich von einer Gruppe überfallen und mußte mich mittels einer Pfefferspraypistole wehren. Ich war gezwungen, in einem Medienverfahren gerichtlich feststellen zu lassen, daß es ein linksextremer Überfall war – was aber ein Jahr dauerte. Da war die Falschdarstellung aber schon lange riesengroß unters Volk gebracht worden. Der Ausgang dieses Verfahrens wurde dagegen gar nicht registriert.

*2019 wurden Sie wegen Terrorismus und 2018 die IB wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung angeklagt. Was haben Sie sich zuschulden kommen lassen?*

**Sellner:** Die Anklage 2018 beruhte auf zwei IB-Transparenten: „Islamisierung tötet“ und „Erdogan hol deine Türken ham!“ sowie einer Störaktion an der Uni.

*Das reicht in Österreich, um eine „kriminelle Vereinigung“ zu sein?*

**Sellner:** Natürlich nicht, was auch von Beginn an klar war. Ebenso bei der Terror-Anklage, erhoben, weil der mir völlig unbekanntere spätere Attentäter von Christchurch 1.500 Euro gespendet hatte. Wohl gemerkt ein Jahr vor der Tat! Wofür er damals ein Standarddankschreiben mit dem Standardsatz erhielt, komme er nach Wien, könne man zusammen ein Bier trinken, was nie passierte. Dennoch überschlug sich die Presse: „Terrorspur führt nach Wien!“, „Auf ein Bier mit dem Terroristen!“, sein und mein Foto groß nebeneinander – damals war das lebensbedrohlich! Denn der Killer war unerreichbar in Haft. Es war nicht undenkbar, daß wütende Angehörige sich mit einem Mord an mir, dem vermeintlich „Mitverantwortlichen“, rächen würden. Dabei haben wir sogar eine Mahnwache für die Opfer von Christchurch gemacht, was die Medien aber natürlich nie erwähnten. Mittlerweile stellte das Gericht fest, daß niemals begründeter Terrorverdacht gegen mich bestand, und daher auch die Polizeirazzien gegen mich illegal waren. Freispruch gab es auch im anderen Prozeß, inklusive Feststellung des Richters, daß die IB eine legale Bewegung ist, die weder kriminellen Zielen dient, noch eine Verhetzung begangen hat.

*Warum die Anklagen, wenn absehbar war, daß Sie gewinnen?*

**Sellner:** Weil man uns so monatelang in den Medien als gefährliche Kriminelle und Terroristen darstellen konnte, was – im Gegensatz zu den kurz vermeldeten Freisprüchen – hängenbleibt. Weil uns jeder Prozeß wahnsinnig viel Geld und Zeit kostet, die wir dann nicht in politische Arbeit stecken können. Weil, um „Beweise“ zu sichern – die natürlich aber nie gefunden wurden –, unsere Computer und Telefone beschlagnahmt werden können. Wir bekamen sie Jahre später zurück. Aber man kann natürlich nicht so lange warten, muß also alles neu kaufen – was kostet! Doch sind auf den beschlagnahmten

Geräten ja alle Daten: Stellen Sie sich vor, man nimmt Ihnen plötzlich sämtliche privaten, politischen und geschäftlichen Daten!

*Sie unterstellen also, die Verfahren dienen nicht der Rechtsfindung, sondern waren Mißbrauch, um Sie zu bekämpfen?*

**Sellner:** So scheint es mir. Die Anklage „kriminelle Vereinigung“ war sogar so absurd, daß sie selbst von linken Politikern und Medien für abwegig erklärt wurde.

*Also quasi eine Art „Racial Profiling“ im großen Stil: Kontrolle nicht aus Verdachtsgründen, sondern weil die Nase nicht paßt.*

**Sellner:** Genau so ist es. Wie gesagt, es ist ein „Abnutzungskrieg“, nur daß die Mittel des Staatsanwalts unbegrenzt sind. Dem ist egal, wenn er verliert. Die Kosten trägt der Steuerzahler. Uns aber kann ein langer Prozeß leicht ruinieren.

*Fazit: Das demokratische Versprechen, Verfassungstreue gegen politische Partizipation, ist ein leeres Versprechen?*

**Sellner:** So ist es.

*Angesichts linker Gruppen, die ihre Erfolglosigkeit gern als Argument nutzen, dadurch „gezwungen“ zu sein, Gewalt anzuwenden, drängt sich die Frage auf, warum Sie sich weiter verfassungstreu verhalten?*

**Sellner:** Weil das unser Anspruch und unser Prinzip ist. Und wir können sie zwar nicht zwingen, die Wahrheit über uns zu sagen, aber dazu bringen, immer absurder zu lügen! Da allerdings kommt das aktuelle Deplatforming ins Spiel.

*Sie meinen, die Löschung Ihrer Youtube-Kanäle im Sommer?*

**Sellner:** Ich bin inzwischen von 23 Plattformen gelöscht, darunter alle entscheidenden, wie Facebook, Twitter, Instagram, TikTok – allein mit Youtube habe ich 215.000 Abos und 38 Millionen Views verloren. Zudem Patreon, Paypal, Stripe und andere – was gezielt gemacht wird, weil im Internet Unterstützung und Spenden fast gänzlich über diese Plattformen laufen. Zurück zur Politik: Grundlage der Strategie „Wir können sie nicht zwingen, die Wahrheit zu sagen, aber immer absurder zu lügen“ war es, Medien und Politik per Social Media unsere Version der Dinge entgegenzustellen und so ihre Lügen öffentlich zu entlarven. Und um das zu verhindern, greift man nun zum Deplatforming.

*Das heißt, Sie sind seitdem als oppositionelle Stimme quasi tot?*

**Sellner:** Vorerst ja.

*Aber Sie sind doch auf Telegram und Bitchute ausgewichen. Ist das kein Ersatz?*



**Sellner:** Das sind zwar wichtige, doch nur Nischenplattformen, über die man die breite Öffentlichkeit nicht erreichen kann. Denn „jeder“ ist bei Youtube und Co. – das sind globale Monopole! Telegram und Co. können da nicht mithalten. Auf sie beschränkt zu sein, ist wie Redefreiheit in einem zugemauerten Keller.

*Was ist der Ausweg?*

**Sellner:** Derzeit nur der Rechtsweg.

*In erster Instanz haben Sie soeben verloren.*

**Sellner:** Deswegen gehen wir in die zweite Instanz. Wenn wir auch die verlieren, geht es bis in die letzte.

*Sind Ihre Argumente so schwach?*

**Sellner:** Im Gegenteil, aber es ist klar, daß auch die Richter unter sozialem Druck stehen. Der „Kampf gegen Haß im Netz“ ist die rechtspolitische Maxime. Anders ist der kafkaeske Richterspruch in erster Instanz nicht zu erklären.

*Was wird Ihnen genau vorgeworfen?*

**Sellner:** Keine Ahnung – da Youtube seinen „Haßrede“-Vorwurf ja niemals konkret begründet. Wir haben auch deshalb geklagt, um das zu erfahren, denn dem Gericht muß Youtube Auskunft geben. Vorgebracht wurden Passagen aus fünf meiner Videos: etwa äußere ich darin, daß in Schweden mit der Zuwanderung auch eine Zunahme der Vergewaltigungen einhergehe, kritisiere Multikulti oder spreche vom Großen Austausch.

*Was verstehen Sie unter dem Begriff?*

**Sellner:** Einen langwierigen, großräumigen sozialen und demographischen Prozeß, der aus Geburtenschwund und Ersetzungseinwanderung resultiert. Der ist meiner Ansicht nach nicht zentral geplant und gesteuert, sondern das, teils unbewußte, Zusammenspiel zahlloser unterschiedlicher Akteure in Politik, Medien und Gesellschaft.

*Also keine Verschwörungstheorie?*

**Sellner:** Die Verschwörungstheorie, wir betrachteten das wie eine Verschwörungstheorie, erzählen nur die Medien.

*Warum haben Sie dann verloren?*

**Sellner:** Laut Landesgericht ist der Große Austausch eine „nicht evidenzbasierte Theorie“ und kann als „Haßrede“ gelten. Zu Multikulti verwies das Gericht auf ein Präzidenzsurteil von 2014, laut dem angeblich „ethnische Vielfalt Quelle der Bereicherung ... keine Bedrohung ist“. Womit meine Kritik daran nicht mehr von der Meinungsfreiheit geschützt und Grund zur Löschung sei.

*Wie ist Ihre Chance in dritter Instanz?*

**Sellner:** Vor Gericht und auf hoher See ist man immer in Gottes Hand. Beides kenne ich nun. Wir bauen darauf, daß Youtube offensichtlich ein Monopol darstellt und es ein Verstoß gegen die Grundrechte ist, einzelne lebenslang von diesen entscheidenden Plattformen zu verbannen. Diese Frage wird aber am Ende der Oberste Gerichtshof klären.

**Martin Sellner** ist Sprecher der Identitären Bewegung in Österreich. Geboren 1989 in Wien, studiert er dort die Rechte und Philosophie.

## **Demokratie ist nicht nur liberal**

**Auszüge aus Viktor Orbáns Essay „Gemeinsam wird es erneut gelingen“:  
Konservative haben die Chance, sich nun aus der „lebensbedrohlichen  
Umarmung durch die Liberalen zu befreien“  
Curd-Torsten Weick**

Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán hält jedes Jahr eine philosophisch-politische Rede auf der Sommeruniversität von Tusnádfürdő (Bad Tuschnad) in Siebenbürgen. Hier benutzte er nach Angaben der Visegrád Post erstmals 2014 den Begriff der illiberalen Demokratie. Jedes Jahr setzt er sich dort mit unterschiedlichen Themen auseinander, so der Bedeutung der Visegrád-Gruppe (V4), bestehend aus Polen, Ungarn, Tschechien und der Slowakei, dem Kampf gegen die illegale Einwanderung sowie gegen die Netzwerke des US-Investors George Soros. Angesichts der Corona-Pandemie fand dieses Jahr jedoch keine Sommeruniversität statt, und Orbán wählte anstatt des Vortrags einen Essay, der in der Zeitung Magyar Nemzet veröffentlicht wurde. Auszüge aus diesem Essay veröffentlicht die JUNGE FREIHEIT mit Dank an das Kabinettsbüro des Ministerpräsidenten. Fazit des Essays sei, so Orbán gegenüber Magyar Nemzet, daß die Doktrin, „Demokratie sei nur liberal“, längst ihre Gültigkeit verloren habe. Vor diesem Hintergrund gab Orbán dem US-Präsidenten eine eindringliche Empfehlung. „Ich drücke die Daumen für den Sieg von Donald Trump, denn wir wissen sehr wohl, daß die Außenpolitik der Regierungen der amerikanischen Demokraten auf moralischem Imperialismus beruht. Wir haben es gekostet ... Es hat nicht gut geschmeckt.“

**Die EU-Bürger sind nicht mehr bereit, jedes Brüsseler Märchen zu schlucken**

Unsere Politiken stehen sich auch in der Frage gegenüber, die man in Brüssel elegant als Subsidiarität zu bezeichnen pflegt. Nach Ansicht der Liberalen ist es gut, wenn möglichst viele nationale Regierungskompetenzen den internationalen Organisationen übergeben werden. Deshalb klatschen sie brav, deshalb erscheint eine Träne im Auge und deshalb schlägt das Herz schneller, wenn irgendeine internationale Organisation eine neue Zuständigkeit, eine neue Aufgabe und natürlich Geld erhält, denn dadurch erhalten ja die universellen Ideale, die europäischen Werte, die universellen Menschenrechte eine weitere Ermunterung und Anerkennung.

Die Begeisterung der Christdemokraten hält sich aber in Grenzen, denn sie sehen, daß solche Organisationen auf unvermeidliche Weise zur Willkür neigen, sie neigen dazu, das als „Rule of Law“ zu bezeichnen, was lediglich „Rule of Blackmail“ ist, sie sind den Sorosschen netzwerkartigen Versuchen, in sie einzudringen, ausgeliefert, und wenn zwischen den Bürgern der einzelnen nationalen Gemeinschaften und den Großen des globalen Kapitals eine Auswahl getroffen werden muß, so wählen sie immer die letzteren. Die Bürger der europäischen Nationen hatten bald erkannt, daß die heutigen europäischen Institutionen nicht ihren Interessen, sondern denen von George Soros und Konsorten dienen. Sie sind nicht mehr bereit, jenes Brüsseler Märchen zu schlucken, daß ein dadurch reich gewordener Finanzspekulant, der andere kaputtgemacht hat, nur deshalb über die Brüsseler Korridore schlurft, um seine uneigennützig Hilfe Europa anzubieten.

### **Liberalismus und Konservatismus – zwei konträre politische Theorien**

Es scheint so, daß sich die konservativen und die christdemokratischen Parteien und politischen Bewegungen aus der lebensgefährlichen Umarmung der Liberalen werden befreien können. Sätze wie „So etwas wie illiberale Demokratie gibt es nicht“ und ähnliche andere werden jetzt schon in den Büchern der politischen Torheiten festgehalten, mögen sie von noch so weit oben kommen.

Die konservativen politischen Denker haben endlich den Mut aufgebracht, und mit einer Linienführung, die selbst die Eleganz der mathematischen Beweise übertrifft, beweisen sie, daß der Liberalismus und der Konservatismus zwei entgegengesetzte Positionen der politischen Theorie vertreten. Sie haben gezeigt, daß die Argumente derer, die den Konservatismus unter den großen Schirm des Liberalismus zwingen wollen, falsch sind. Jene, die behaupten, man könne sich die Gewaltenteilung, die bürgerlichen und die politischen Freiheitsrechte, den Schutz des Privateigentums und die in Schranken gewiesene Regierung, also die Herrschaft des Rechtes, den Rechtsstaat nur innerhalb des geistigen Rahmens des Liberalismus vorstellen und nur durch das Instrument der liberalen Demokratie verwirklichen, irren sich, um bei dieser gutwilligen Erklärung zu bleiben.

## **Nur eine einzige Chance für die Christdemokratie**

Es ist die einzige Chance der Christdemokratie, wenn sie sich der offenen geistigen und politischen Auseinandersetzung stellt. Wenn sie aufhört, darum herumzureden und sich nicht mehr als Tölpel verstellt, der nicht sieht und versteht, was um ihn herum geschieht. Wenn sie sich wehrt und die vier Sätze ausspricht, die in der Lage sind, die gesamte europäische Politik zu verändern: Unsere nationalen und christlichen Grundsätze sind nicht liberal. Sie sind vor dem Liberalismus entstanden. Sie stehen dem Liberalismus gegenüber. Der Liberalismus vernichtet sie heute.

## **Der Westen hat seine Anziehungskraft verloren**

Es ist nichts Überraschendes daran, daß die mitteleuropäischen Länder lieber eine andere, eine einwanderungs- und migrationsfreie Zukunft gewählt haben. Es ist auch nicht überraschend, daß im Mittelpunkt der Politik der Visegrád-Staaten die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit steht, auch dann, wenn Brüssel gerade in die entgegengesetzte Richtung schreiten möchte. Bis ins Absurde angehobene Klimaziele, soziales Europa, gemeinsames Steuersystem, multikulturelle Gesellschaft.

Kein Wunder, daß das eingetreten ist, was man mit dem nüchternen Verstand hatte einsehen können. Der Westen hat in den Augen Mitteleuropas seine Anziehungskraft verloren, und unsere Einrichtung des Lebens erscheint für die Westler als nicht wünschenswert.

## **Im Fadenkreuz der Liberalen stehen Dinge, die für uns am wichtigsten sind**

Die heutige Vermischung von Konservatismus und Liberalismus ist darauf zurückzuführen, daß in den großen Schlachten gegen den Totalitarismus die Konservativen und die Liberalen ihre wesentlichen und damals noch offensichtlichen Unterschiede beiseite gelegt haben. Sie legten sie beiseite und schlossen ein Bündnis gegen den gemeinsamen Feind. Ein Bündnis gegen den Nazismus und den Kommunismus, gegen die Nazis und die Kommunisten. Dies war ein langer, ein Jahrhundert dauernder Kampf, und wie sehr sich die Gedanken, Argumente, Fundamente der Verbündeten miteinander verquickt hatten, stellte sich erst heraus, als

mit dem Fall der Berliner Mauer das Bündnis im Westen und mit dem Abzug der Sowjets auch im Osten seinen Sinn verloren hatte. (...)

Doch hat sich die Situation in der Zwischenzeit geändert. Die Dinge haben sich zum Ernstesten gewendet. Was früher als geringer geistiger Fehler, als falsche Körperhaltung, als eine Anomalie erschien, die man aushalten könnte, verhindert heute, daß wir in wichtigen Dingen klarsehen können. Die Tatsache wird verdeckt, daß für die Konservativen und die Christdemokraten heute und in Zukunft der Liberalismus und die Liberalen die größte Herausforderung und die größten Gegner darstellen. Die Grundsätze des christdemokratischen und des liberalen Denkens sind einander diametral entgegengesetzt, und im Fadenkreuz der Angriffe der Liberalen stehen lauter Dinge, die für uns gerade am wichtigsten, die Eckpfeiler der als wünschenswert angesehenen politischen Ordnung, die Mitte des Herzens der konservativ-christdemokratischen Tradition sind, wie die Nation, die Familie, die religiöse Tradition.

### **Aufstand gegen die liberale geistige Unterdrückung**

Unser vor Jahren gerade in Tusnádfürdő begonnener Kampf für die geistige Souveränität und die intellektuelle Freiheit beginnt langsam Ergebnisse zu zeigen. Das Flußbett des Aufstandes gegen die Politische Korrektheit, das heißt gegen die Diktate der Doktrinen, der Sprechweisen und der Stile der liberalen Leichtgewichte verbreitert sich ständig. Immer mehr Menschen streifen schon die Ketten der bereits erstickend engen einzig richtigen Art zu sprechen, der einzig richtigen Auffassung von Demokratie, der einzig richtigen Deutung Europas und des Westens auf immer mutigere Weise ab. Der Befreiungsversuch an sich ist nicht einfach, das Risiko der Bestrafung ist groß. Ausschluß aus dem akademischen Leben, Stellenverlust, Stigmatisierung, universitärer Spießrutenlauf, die Beispiele sind langsam alltäglich. Aber selbst wenn es gelingt, die gut bezahlten und mit der Genauigkeit eines Uhrwerks patrouillierenden Grenzwächter der liberalen Leichtgewichte zu überwinden, müssen wir uns auch noch der tiefsitzenden Reflexe der noch so gutwilligen Zuhörerschaft erwehren. Vergebens ist die Argumentation noch so ausgefeilt, das Lob des Nationalismus bereitet den deutschen Mägen selbst dann Schmerzen, wenn über ihn Professor Hazony aus Jerusalem schreibt. Und in welcher samtener Tonlage wir auch über die illiberale Demokratie sprechen, für die deutschen und angelsächsischen Ohren hört sich dies furchtbar an. Heute noch.

Doch verbreitet sich das Flußbett des Aufstandes gegen die liberale geistige Unterdrückung nicht nur, sondern es wird auch tiefer. Es gibt immer mehr überzeugende Essays, gründliche Studien und grundlegende Monographien. Auch wenn man es in der Brüsseler Blase nicht zugibt, so sehen wir schon, daß der Kaiser nackt ist. Die Doktrin des „Demokratie kann nur liberal sein“, der unantastbare Götze, der große Fetisch ist

gestürzt, jetzt müssen wir nur noch darauf warten, daß sich die Staubwolke setzt, und dann werden wir es nicht nur wissen, sondern auch sehen.

### **Rüsten für den Kampf gegen die globalen Eliten**

Der Kampf zwischen der globalen Elite und dem nationalen Widerstand ist noch nicht entschieden. Deutlich erkennbar ist: Die globale Elite findet sich nicht damit ab, daß eine ihren Interessen entgegengesetzte Politik sich in Mitteleuropa verwurzelt.

Wir haben sehen können, was während des Wahlkampfes zur Wahl des polnischen Staatspräsidenten geschah. Im Frühling sah es noch so aus, als läge die polnische Linke in Trümmern, ihre ewigen Diskussionen würden ihre Kandidatin sowieso chancenlos werden lassen. Es kam aber anders, der Kandidat der Linken, hinter dem sich das Soros-Netzwerk, die Brüsseler Elite und die internationalen Medien aufreichten, zwang die nationale Seite im Laufe von einigen wenigen Wochen zu einer großen Auseinandersetzung. Andrzej Duda konnte schließlich in einer zugespitzten Auseinandersetzung schließlich seinen Widersacher aus dem Lager der Linken gerade so übertreffen.